**Verwaltungsvorschrift
des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus
zur Änderung der Verwaltungsvorschrift über Werbung, Wettbewerbe und
Erhebungen in Schulen**

Vom 07. Juni 1999

Artikel 1

Die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über Werbung, Wettbewerbe und Erhebungen in Schulen vom 20. August 1992 (All). SMK S. 16), verlängert durch Verwaltungsvorschrift vom 2. Dezember 1997 (SächsABl. S. 1263), wird wie folgt geändert:

1. Ziffer 2.2 erhält folgende Fassung:

„2.2 Schulen sind berechtigt, von Dritten (Privatpersonen, Handwerksbetrieben, Wirtschaftsunternehmen, Stiftungen, Elternräten, Fördervereinen usw.) aufgrund von Sponsoringverträgen oder als Spenden Geldbeträge oder Sachen oder sonstige Vorteile anzunehmen, wenn

- die Erfüllung des Schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrages (Art. 101 SächsVerf, § 1 SächsSchulG) dadurch nicht beeinträchtigt, sondern gefördert wird, und
- die Ordnung des Schulbetriebes und des Unterrichts nicht beeinträchtigt werden, und
- eine wirtschaftliche oder sonstige Abhängigkeit der Schule vom Sponsor oder Spender nicht zu erwarten ist, und
- sich die etwaige Gegenleistung der Schule auf einen Hinweis auf die Unterstützung durch den Sponsor oder Spender (z.B. auf Plakaten, Veranstaltungshinweisen, in Ausstellungskatalogen) beschränkt, wobei dieser Hinweis unter Verwendung des Namens, Emblems oder Logos des Sponsors oder Spenders, jedoch ohne besondere Hervorhebung erfolgen kann, oder die Schule dem Sponsor oder Spender nur die Nutzung ihres Namens zu Werbezwecken in der Weise gestattet, dass der Sponsor oder Spender selbst zu Werbezwecken oder zur Imagepflege auf seine Leistungen an die Schule angemessen hinweist, und
- die Schule an den Werbemaßnahmen nicht mitwirkt (z.B. durch Einbindung von Schülern, Schulleitung und Lehrkräften in Werbeaktionen), und
- nicht der Eindruck entsteht, in der Entscheidung für einen bestimmten Sponsor oder Spender liege eine Empfehlung der Schule zum Erwerb von dessen Leistungen oder Waren.

2.2.1 Berechtigt zum Abschluss von Sponsoringverträgen oder zur Annahme von Spenden, die ihrem Gegenstand nach in die Zuständigkeit des Schulträgers (§§ 22, 23 SächsSchulG) fallen oder die dem Schulträger Kosten oder Folgekosten verursachen oder verursachen könnten (wie z.B. bei der Zuwendung technischer Lehrmittel), ist der Schulträger. Werden besondere Bestimmungen nicht getroffen, wird der Schulträger Eigentümer der zugewendeten Gegenstände.

2.2.2 Berechtigt zum Abschluss von Sponsoringverträgen oder zur Annahme von Spenden, die ihrem Gegenstand nach in den Zuständigkeitsbereich des Landes fallen (wie z.B. bei der Zuwendung von Geldmitteln für Schulprojekte), ist der Schulleiter. Die Anhörung des Schulträgers und der Schulkonferenz sind erforderlich.

2.2.3 Fällt der Abschluss von Sponsoringverträgen oder die Annahme von Spenden ihrem Gegenstand nach in den Zuständigkeitsbereich von Schulträger und Land oder ist die Zuständigkeit nicht eindeutig abgrenzbar, so ist neben der Anhörung der Schulkonferenz Einvernehmen zwischen Schulträger und Schulleiter erforderlich.

2.2.4 Hat der Schulleiter Zweifel hinsichtlich der steuerlichen Auswirkungen des Sponsoringvertrages oder der Spende, wendet er sich an das zuständige örtliche Finanzamt. Die Prüfung auf steuerliche Auswirkungen wird durch den Schulleiter nachvollziehbar aktenkundig gemacht.

2.2.5 Bewerben sich mehrere Sponsoren, so ist die Begründung für die Entscheidung zugunsten eines Sponsors oder bestimmter Sponsoren nachvollziehbar aktenkundig zu machen. Eine Vertragslaufzeit von 2 Jahren darf nicht überschritten werden.

2.2.6 Die Befugnisse der Schulaufsichtsbehörde bleiben unberührt.

Der Schulleiter berichtet der obersten Schulaufsichtsbehörde auf dem Dienstweg jeweils zum 31.01. eines jeden Jahres über alle im Vorjahreszeitraum (01.01.-31.12.) der Schule aufgrund von Sponsoringverträgen oder Spenden zugewendeten Geldbeträge, Sachen und sonstigen Vorteile, soweit ihr Wert in der Summe einen Betrag von 10 000,- DM übersteigt.“

2. In Nr. 3.3.1 wird das Wort „Oberschulamts“ durch das Wort „Regionalschulamts“ ersetzt.

3. In Nr. 3.3.2 wird das Wort „Oberschulamts“ durch das Wort „Regionalschulamts“ und das Wort „Oberschulamts“ durch das Wort „Regionalschulamts“ ersetzt.

4. Nr. 3.3.3 wird gestrichen.

5. Die bisherige Nr. 3.3.4 wird Nr. 3.3.3.

6. In Nr. 4.1, Satz 5 wird das Wort „Oberschulamts“ durch das Wort „Regionalschulamts“ und das Wort „Oberschulamts“ durch das Wort „Regionalschulamts“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

**Der Staatsminister für Kultus
Dr. Matthias Röbler**